

10.8 Der Zusammenhang von ökonomischer und politischer Freiheit

Laissez-faire in der Wirtschaft kann nach der heute herrschenden Meinung mit einem unterschiedlichen Grad an politischer Unfreiheit verbunden sein. Diese wirtschaftspolitische Grundannahme hat im Zeitalter der Globalisierung eine große Bedeutung. Die Gleichzeitigkeit von ökonomischer Expansion auf der einen, politischer Diktatur auf der anderen Seite – wie sie aus einer Reihe asiatischer Staaten, vor allem China, bekannt ist – bestätigt diese Einschätzung. Ja mehr noch: Entdemokratisierung wird inzwischen selbst bei uns in den hoch entwickelten Demokratien als ein akzeptabler Schritt zur Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit angesehen.

Die Vorstellung, dass wirtschaftliche und politische Freiheit voneinander abgekoppelt werden können, ja dass sie in Widerspruch zueinander geraten müssen, scheint sich auch in der Geschichte der Nationalökonomie zunächst zu bestätigen. Die Physiokraten als angeblich erste Vordenker des Laissez-faire waren, wie Alexis de Tocqueville (1805–1859) schon früh feststellte, Gegner politischer Freiheit:

»Sie sind [...] dem Freihandel, dem Laissez-faire und Laissez-passer in Handel und Gewerbe sehr günstig; an die eigentlichen politischen Freiheiten aber denken sie gar nicht; schweben diese ihrem Geist zufällig doch einmal vor, so weisen sie sie anfangs von sich ab. Die meisten zeigen sich zunächst als entschiedene Gegner der beratenden Versammlungen, der lokalen und vermittelnden Gewalten und überhaupt aller jener Gegengewichte, die zu verschiedenen Zeiten bei allen freien Völkern eingeführt worden sind, um der Zentralgewalt die Waage zu halten.«⁴¹

Im selben Kapitel des 1856 publizierten Buches *Der alte Staat und die Revolution* heißt es bei Tocqueville:

»Man glaubt, die destruktiven Theorien, die man in unseren Tagen Sozialismus genannt hat, seien neuen Ursprungs; das ist ein Irrtum: diese Theorien sind Zeitgenossen der ersten Physiokraten. Während diese die allmächtige Regierung, von der sie träumten, mit der Umgestaltung der Formen der Gesellschaft beschäftigten, bemächtigten sich jene in der Phantasie der nämlichen Gewalt, um die Grundlagen der Gesellschaft zu zerstören. [...] So wahr es ist, daß Zentralisation und Sozialismus Produkte desselben Bodens sind; sie verhalten sich zueinander wie der veredelte Obstbaum zum Wildling.«⁴²

Tocqueville identifizierte die Physiokraten, diese angeblich ersten Wirtschaftsliberalen, zu Recht als durch und durch antiliberal. Er übersah jedoch, was auch in der

41 Alexis de Tocqueville: *Der alte Staat und die Revolution*, 1856, München 1978, S. 160.

42 Alexis de Tocqueville, wie Anm. 41 Kap. 10, S. 164f.

späteren Geschichte des politischen Liberalismus immer wieder übersehen werden würde, die Tragweite des Zusammenhangs ökonomischer und politischer Freiheit. Marktfreiheit für alle ist ohne politische Freiheit für alle nicht zu realisieren. Die Physiokraten glaubten, die Marktfreiheit werde am besten von einem staatlichen Regime verwaltet; wodurch aber die Mehrheit der Bevölkerung vom Nutzen der Gesetze der Marktfreiheit ausgeschlossen wird. Denn jedes autoritäre Regime nutzt das ihm zur Verfügung stehende soziale Wissen, wie universell es im Prinzip auch immer gedacht sein mag, partikularistisch; das Wissen wird in den Dienst der das Regime tragenden Gruppen gestellt.

In den westlichen Industriestaaten wird, im Unterschied etwa zu Diktaturen wie China, nicht direkt einem Bündnis von Marktfreiheit und politischer Unfreiheit das Wort geredet. Stattdessen betont man dort gern die Autonomie des Marktes. Auf diese Weise wird die parlamentarische Demokratie zwar nicht abgeschafft, aber sukzessive erheblich in ihren Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Dieses Denken kann sich in wesentlicher Hinsicht auf die Physiokraten stützen. Die Ökonomen, wie die Physiokraten im achtzehnten Jahrhundert allgemein genannt wurden, waren antidemokratisch nicht allein dadurch, dass sie den Absolutismus propagierten, sondern auch dadurch, dass sie die Autonomie der Ökonomie als ein Gesetz der Natur konzipierten. Diesem Gesetz sollte ihrer Meinung nach auch der Staat unterworfen werden. Da aber die staatlichen Instanzen das Recht haben sollten, das Gesetz der Natur selbst zu definieren, wäre es für die Bürger in einer solchen Gesellschaft unmöglich gewesen, durch Berufung auf das Gesetz der Natur der Willkür des Staates Grenzen zu setzen.

Die Entscheidung für eine tatsächlich liberale Ökonomie führt zu der Erkenntnis, dass außer-ökonomische Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit die wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit in einem liberalen Sinne überhaupt zur Wirkung kommen kann. Marktfreiheit und Eigentumsbildung für alle zu ermöglichen, das lässt sich nicht per se als rein ökonomisches Ziel fassen; weder ideell noch sozialtechnisch ist dies möglich.

Eine vermachtete Marktwirtschaft lässt sich mit einer Diktatur gut verbinden. Soweit es den Physiokraten darum ging, eine symbiotische Beziehung zwischen den Vertretern des Großgrundbesitzes und der Handelskompanien auf der einen, den Vertretern der monarchisch staatlichen Instanzen auf der anderen Seite zu bilden, ist ihr System schlüssig. Sobald man aber, wie in der Tradition des nationalökonomischen Denkens üblich, den Physiokratismus primär als ein Programm freier Marktwirtschaft deutet, entstehen Widersprüche, die nicht gelöst werden können. Das Konzept der Verbindung von freiem Markt und Diktatur, erst recht das Konzept der Herstellung von freiem Markt durch Diktatur, ist höchst antiliberal; seine Durchführung kann auf Dauer nicht gelingen. Denn auch bei offenen Märkten kann von Marktfreiheit keine Rede sein, wenn nur wenige Privilegierte über jenes Quantum Eigentum verfügen, das die Teilnahme am Geschehen auf den Handelsplätzen

überhaupt erst möglich macht. Und Marktfreiheit selbst zwischen wenigen Privilegierten kann in einer Diktatur auf Dauer nicht funktionieren, weil es dort kein Korrektiv gibt, mit dem verhindert werden könnte, dass die Mächtigen die ohnehin beschränkte Offenheit der Märkte durch Protektionismus ersetzen.

Quesnay und seinesgleichen stehen zwischen schwachem Liberalismus und modernem Autoritarismus. Sie formulierten eine geradezu klassisch liberale Forderung, als sie für die Trennung von Staat und Wirtschaft plädierten. Sie plädierten für einen »schlanken Staat«. Es sollte sich keine Bürokratie bilden, die sich aufgrund der Interessen einer Schicht von Empfängern mittlerer und höherer Staatsgehälter im Lauf der Zeit verselbstständigen könnte.

Diese an und für sich liberalen Ideen und Konzepte führten bei den Physiokraten, so paradox es scheinen mag, zu einem prononcierten Antiliberalismus. Mit ihrer Begeisterung für einen überaus mächtigen Staat fielen sie aus allem heraus, was noch als liberal bezeichnet werden kann. Trennung von Staat und Wirtschaft implizierte für sie, Demokratisierung abzulehnen, da jeder Schritt in diese Richtung einzelnen Personen oder Gruppen von Personen die Chance böte, mit ihren Interessen auf den Staat einzuwirken, sodass er sich von einer Politik der Marktfreiheit in ihrem Sinne entfernen würde.

Im letzten Kapitel seines Buches *Despotisme de la Chine* diskutiert Quesnay die bedeutendsten staatlichen Verfassungen in Europa, die er alle zu Gunsten des chinesischen »despotisme légitime« oder »despotisme légal« verwirft.⁴³ Er schlägt vor, dass, unter dem Dach der Monarchie, die *propriétaires* staatliche Aufgaben wahrnehmen, was eine präzise Aufhebung der Trennung von Staat und Wirtschaft bedeutet. Wenn dann noch die Adeligen und Grundbesitzer sämtliche höheren, sei es weltlichen, sei es kirchlichen Ämter übernehmen sollen und nur sie an politischen Entscheidungen beteiligt werden, dann verschmelzen die Interessen der Träger ökonomischer und politischer Macht, dann verschmelzen legislative, judikative und exekutive Gewalt: Am Horizont erscheint eine moderne Despotie mit teils planwirtschaftlichen Strukturen.

10.9 Physiokratismus und Rousseauismus im Vergleich 2

Die entscheidende Frage einer liberalen Wirtschaftspolitik lautet gestern wie heute: Welches politische System ist am besten in der Lage, der Wirtschaft eine Ordnung zu geben, die allen, wirklich allen Bürgern ökonomische Freiheit sichert? We-

43 François Quesnay: *Despotisme de la Chine. Chapitre VIII. Comparaison des lois chinoises avec les principes naturels, constitutifs des gouvernements prospères*, 1767, in: Institut National d'Etudes Démographiques (Hg.): *François Quesnay et la physiocratie*, Bd. II *Textes annotés*, Paris 1958, S. 917–934.